



Quelle: Parlamentsdienste 3003 Bern

**Vorschau  
Herbstsession 2022**

## Kontakt

Für weiterführende Informationen stehen Ihnen der Präsident, die Dossierverantwortlichen und die Kommunikationsverantwortliche jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren:



**Adrian Wüthrich**  
Präsident / Sozialpolitik  
031 370 21 17  
079 287 04 93  
wuethrich@travailsuisse.ch



**Lisa Schädel**  
Kommunikation  
031 370 21 11  
079 508 78 25  
schaedel@travailsuisse.ch



**Valérie Borioli Sandoz**  
Gleichstellungspolitik  
031 370 21 47  
079 598 06 37  
borioli@travailsuisse.ch



**Gabriel Fischer**  
Bildungspolitik  
031 370 21 11  
076 412 30 53  
fischer@travailsuisse.ch



**Dr. Thomas Bauer**  
Wirtschaftspolitik  
031 370 21 11  
077 421 60 04  
bauer@travailsuisse.ch



**Denis Torche**  
Umwelt-, Steuer- und  
Aussenpolitik  
031 370 21 16  
079 846 35 19  
torche@travailsuisse.ch

## Nationalrat

### Erste Woche

12.9.	<b>20.4581</b>	Mo. Porchet. Käufe von Schweizerfranken mit einer Abgabe belegen.....	→ Ja	5
13.9.	<b>22.031<sup>2</sup></b>	Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft. Bundesgesetz und Verpflichtungskredit .....	→ Ja	5
	<b>18.455<sup>3</sup></b>	Pa.Iv. Grossen Jürg. Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen.....	→ Nein	5
	<b>21.413<sup>3</sup></b>	Pa. Iv. Fivaz Fabien. Anpassungen des Beschäftigungsgrads für Eltern erleichtern .....	→ Ja	6

### Zweite Woche

19.9.	<b>22.3865</b>	Mo. WAK-NR. Freiwillige Erwerbstätigkeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters fördern.....	→ Nein	6
21.9.	<b>22.3792</b>	Mo. Fraktion M-E. Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten .....	→ Ja	6
	<b>22.3793</b>	Mo. Fraktion S. Kaufkraft schützen: Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienerbilligung .....	→ Ja	6

### Dritte Woche

26.9.	<b>21.048</b>	Postorganisationsgesetz (POG). Teilrevision.....	→ Nein	7
27.9.	<b>22.3876</b>	Po. SGK-NR. Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern .....	→ Ja	7
29.9.	<b>22.3871</b>	Mo. APK-NR. Sozialpartnerschaftliche Lösungen im EU-Dossier .....	→ Ja	7

<sup>1</sup> Parlamentarische Vorstösse EFD (weiter am 21. September)

<sup>2</sup> Im Ständerat am 29. September

<sup>3</sup> Parlamentarische Initiativen 1. Phase (weiter am 14., 19., 21. und 27. September)

## Ständerat

### Erste Woche

12.9.	<b>19.3882</b>	Mo. Nationalrat ((Derder) Nantermod). Aufenthaltsbewilligungen für Drittstaatenangehörige. Anpassung des Systems an die Bedürfnisse der Hightech-Branchen ..... → Nein ..... <b>8</b>
13.9.	<b>22.403</b>	Pa. Iv. WBK-NR. Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024 ..... → Ja ..... <b>8</b>
	<b>20.089</b>	BVG-Reform..... → s. Details ..... <b>8</b>
	<b>22.3608</b>	Mo. Müller Damian. Betreuungsentschädigung. Betreuung von schwer kranken Kindern im Spital gewährleisten und die Lücke im Vollzug schliessen ..... → Ja ..... <b>8</b>
15.9.	<b>21.501</b>	Pa. Iv. UREK-NR. Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 ..... → Ja ..... <b>9</b>

### Zweite Woche

19.9.	<b>22.030</b>	Beitritt der Schweiz zu sechs internationalen ERIC-Forschungsinfrastrukturnetzwerken und Änderung des FIGG ..... → Ja ..... <b>9</b>
	<b>22.3391</b>	Mo. Nationalrat (WBK-NR). Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz positionieren ..... → Ja ..... <b>9</b>
21.9.	<b>22.3805</b>	Mo. Graf Maya. Gezielte Entlastung von Haushalten in bescheidenen Verhältnissen bei steigenden Energiepreisen ..... → Ja ..... <b>10</b>
	<b>18.326</b>	Kt. Iv. Tessin. Informationspflicht gegenüber von Lohndumping betroffenen Arbeitnehmenden..... → Ja ..... <b>10</b>
	<b>20.340</b>	Kt. Iv. Waadt. Einfachere Bekämpfung von sexueller Belästigung bei der Arbeit ..... → Ja ..... <b>10</b>
22.9.	<b>21.3017</b>	Mo. Nationalrat (SGK-NR). Sichere Renten dank umfassend kompetenter Verwaltung der Pensionskassengelder ..... → Nein ..... <b>11</b>

### Dritte Woche

26.9.	<b>22.3802</b>	Mo. Carobbio Guscetti. Kaufkraft schützen. Abfederung des Prämienchocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung
	<b>22.3801</b>	Mo. Chassot. Kaufkraft schützen. Abfederung des Prämienchocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung ..... → Ja ..... <b>11</b>
28.9.	<b>22.036</b>	Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft) ..... → Nein ..... <b>11</b>
	<b>22.031<sup>4</sup></b>	Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft. Bundesgesetz und Verpflichtungskredit ..... → Ja ..... <b>12</b>

<sup>4</sup> Im Nationalrat am 13. September

## Nationalrat

### Montag, 12. September / Parlamentarische Vorstösse EFD *(weiter am 21. September)*

#### **20.4581 Mo. Porchet. Käufe von Schweizerfranken mit einer Abgabe belegen**

Die Motion fordert die Einführung einer Abgabe, wenn mit ausländischen Währungen Schweizer Franken gekauft werden. Der Schweizer Franken hat sich im Zuge der Zinserhöhung und der Gefahr eines erneuten Aufflammens der Eurokrise deutlich aufgewertet. Sein Wert liegt aktuell deutlich unterhalb der Euro-Franken-Parität. Als Folge dessen wird insbesondere die produzierende Industrie geschwächt. Die vormalige Branchenvielfalt in den exportierenden Branchen hat sich in der Schweiz in den letzten 20 Jahren stark verringert. Der Leistungsbilanzüberschuss der Schweiz basiert heute im Wesentlichen auf dem Rohstoffhandel und dem Finanzsektor. Ihre Überschüsse begründen die stetige und sich wiederholende Frankenaufwertung. Dadurch besteht die grosse Gefahr, dass die produzierende Industrie zunehmend durch diese beiden Sektoren erdrückt wird. Eine Besteuerung von Frankenkäufen würde den Kauf von Schweizer Franken verteuern, entsprechend könnten insbesondere rasche und spekulative Aufwertungen deutlich reduziert werden. Die produzierende Industrie und der Tourismus, sowie die in diesen Branchen beschäftigten Arbeitnehmenden würden dadurch nachhaltig gestärkt. Die Branchenvielfalt im Aussenhandel könnte erhalten und damit die Risiken für Wertschöpfung und Beschäftigung diversifiziert werden. Zudem würde dadurch das Ungleichgewicht zwischen dem Finanzsektor, dem Rohstoffhandel und den wertschaffenden Branchen reduziert.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

### Dienstag, 13. September

#### **22.031 Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft. Bundesgesetz und Verpflichtungskredit**

*(am 29. September im Ständerat)*

Das Bundesgesetz sieht einen Mechanismus vor, um systemrelevanten Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft bei vorübergehenden Liquiditätsengpässen aufgrund unvorhergesehener Marktentwicklungen finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Folgen eines längeren Stromausfalls wären verheerend. Die Bedingungen, die für den Erhalt der Finanzhilfen festgelegt wurden, sind für Travail.Suisse akzeptabel. Parallel dazu fordert Travail.Suisse jedoch, dass die für 2023 geplanten Erhöhungen der Stromkosten insbesondere für Haushalte mit geringen Einkommen reuziert werden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Bundesgesetz und den Verpflichtungskredit zur Annahme.*

### Dienstag, 13. September / Parl. Initiativen 1. Phase *(weiter am 14., 19., 21. und 27. September)*

#### **18.455 Pa. Iv. Grossen Jürg. Selbstständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen**

Der Initiant will die praktizierte Unterscheidung zwischen der selbstständigen und der unselbstständigen Erwerbsarbeit ändern. Travail.Suisse erachtet die bundesgerichtliche Rechtsprechung jedoch als genügend klar. Wichtig ist die soziale Sicherheit aller Arbeitnehmenden. Gerade Plattformarbeit birgt für viele Arbeitnehmende in dieser Hinsicht gewisse Risiken. Der Parteiwille kann von wirtschaftlichen Zwängen beeinflusst werden. Für Travail.Suisse ist klar, dass Einkommen aus Plattformarbeit generell dem Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit zugewiesen und damit als unselbstständige Erwerbstätigkeit qualifiziert werden soll. Dies ist mit einer Ergänzung der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV) einfach lösbar.

→ *Travail.Suisse empfiehlt, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.*

## **21.413 Pa. Iv. Fivaz Fabien. Anpassungen des Beschäftigungsgrads für Eltern erleichtern**

Die parlamentarische Initiative will gesetzlich verankern, dass in mittleren und grossen Unternehmen tätige Eltern ihren Beschäftigungsgrad reduzieren können. Dies ist ein Bedürfnis von Eltern im Allgemeinen und Vätern im Besonderen, denen Arbeitgeber allzu oft eine Teilzeitbeschäftigung verweigern, obwohl dieser Wunsch bei 92% der Eltern besteht. Die fehlende Möglichkeit für Teilzeitarbeit insbesondere bei Vätern führt dazu, dass das berufliche Engagement der Mütter de facto begrenzt bleibt, was weder der Gleichstellung in den Familien (geschlechtsspezifische Arbeitsteilung) noch der Wirtschaft zuträglich ist. Andere Länder haben bereits vergleichbare Regelungen eingeführt (Niederlande, Deutschland).

→ *Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme.*

## **Montag, 19. September**

### **22.3865 Mo. WAK-NR. Freiwillige Erwerbstätigkeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters fördern**

Wer nach Erreichung des ordentlichen Rentenalters weiterarbeitet, soll weniger Steuern zahlen, so die Forderung der Motion. Travail.Suisse hat die Flexibilisierung des Zeitpunkts der Pension immer unterstützt, wer aber arbeitet und eine Rente erhält, soll diese Einnahmen ordentlich versteuern müssen. Mit dem Vorschlag der Motion würden die Steuergerechtigkeit missachtet und Steuerausfälle generiert. Es ist zudem nicht allen Menschen möglich, nach der Pensionierung weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Insbesondere Arbeitnehmende, die körperlich anstrengende Arbeit leisten, haben schon heute Mühe bis zum Pensionsalter zu arbeiten. Die Unternehmen können mit einer attraktiven Beschäftigungspolitik Anreize für die Weiterarbeit bieten.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

## **Mittwoch, 21. September**

### **22.3792 Mo. Fraktion M-E. Kaufkraft schützen! Sofortiger Teuerungsausgleich bei den AHV-Renten**

Die Motion verlangt eine ausserordentliche Anpassung der ordentlichen AHV-Renten per 1. Januar 2023 an die Teuerung und ein Konzept wie bei einem überdurchschnittlichen Teuerungsanstieg die Renten regelmässig angepasst werden können. Travail.Suisse teilt die in der Motion erwähnte Sorge, dass Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen mit der Teuerung, den steigenden Energiepreisen und den hohen Krankenkassenprämien ernsthafte finanzielle Probleme bekommen und gar in die Armut abrutschen können. Grundsätzlich stützt Travail.Suisse den AHV-Mischindex, der die Renten automatisch an die Teuerung und die Lohnentwicklung anpasst. Der Mechanismus des AHV-Mischindex vermag die Teuerung in diesem Jahr allerdings nicht komplett aufzufangen. Mit einer erwarteten Teuerung, die über den Lohnzuwachsen liegt, wird die Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner geschwächt, wenn die Politik nicht eingreift. Eine ausserordentliche Erhöhung der AHV-Renten ist deshalb volkswirtschaftlich sinnvoll.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

### **22.3793 Mo. Fraktion S. Kaufkraft schützen: Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung**

Die Motion fordert, den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung für das Jahr 2023 um 30 Prozent zu erhöhen. Gemäss aktuellen Prognosen steigen die Krankenkassenprämien im Jahr 2023 um durchschnittlich 5%. Ein höheres Prämienwachstum war letztmals im Jahr 2011 verzeichnet worden. Dabei dürften die Kostenanstiege je nach Versicherten sehr unterschiedlich ausfallen und teilweise über 10% betragen. Bei einem normalen Einkommen von 6'500 Franken entspricht ein Prämienanstieg um 5% einer Reduktion des verfügbaren Einkommens um 0.4%, ein Prämienanstieg von 10% einer Reduktion um 0.8%. Bei tieferen Einkommen entsprechen die höheren Krankenkassenprämien gar eine Reduktion des verfügbaren Einkommens von etwa 1.2% bis 1.5%. Da Arbeitnehmende gleichzeitig mit weiteren bedeutenden Kostensteigerungen bei der Energie und den Nahrungsmitteln konfrontiert sind, und voraussichtlich nicht in allen Branchen die gesamten Kostensteigerungen mit ent-

sprechenden Lohnerhöhungen kompensiert werden, ist die Entlastung bei den Gesundheitskosten von grosser Bedeutung. Nur so kann eine Krise der Kaufkraft und eine deutliche Zunahme der Armut verhindert werden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

## Montag, 26. September

### **21.048 Postorganisationsgesetz (POG). Teilrevision**

Die Revision sieht zum einen vor, dass PostFinance eigenständig Kredite und Hypotheken vergeben kann, und zum anderen ihre Privatisierung und somit eine Trennung vom Postkonzern. Der Ständerat hat einstimmig beschlossen, nicht auf die Vorlage einzutreten, ebenso die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen KVF-N. Aufgrund der engen Verflechtung von Postfinance mit den anderen Bereichen der Post würde eine Privatisierung von PostFinance die Finanzierung und die Erbringung der Grundversorgung im Bereich der Postdienste und des Zahlungsverkehrs verschlechtern. Travail.Suisse lehnt die Privatisierung von Postfinance ab, da sie den Service public grundlegend in Frage stellt. Die Folgen wären negativ für die Arbeitsbedingungen des Personals, aber auch für das Postnetz, das vermehrt mit Finanzierungsproblemen konfrontiert sein wird. Travail.Suisse begrüsst, dass die Ablehnung der Teilrevision des Postorganisationsgesetzes den Weg für eine Vorlage frei macht, welche die Zukunft des gesamten Postkonzerns ganzheitlich betrachtet und Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsdiensten sowie deren Finanzierung beinhaltet.

→ *Travail.Suisse empfiehlt, nicht auf die Gesetzesrevision einzutreten.*

## Dienstag, 27. September

### **22.3867 Po. SGK-NR. Betreuung von Menschen mit Demenz. Finanzierung verbessern**

Die Finanzierung der Betreuung von Menschen mit Demenz ist trotz der Verabschiedung einer nationalen Strategie noch immer nicht durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung gesichert. Das Postulat fordert einen Bericht, um Auskunft zu folgenden Punkten zu erhalten: Finanzierung der stationären und ambulanten Langzeitpflege, Deckung der Kosten für die Betreuung von Menschen mit Demenz in Akutspitälern, Finanzierung von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige, sowie Einschränkung des Einsatzes von verschriebenen Psychopharmaka bei ungenügender Betreuung.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

## Donnerstag, 29. September

### **22.3871 Mo. APK-NR. Sozialpartnerschaftliche Lösungen im EU-Dossier**

Die Motion gibt dem Bundesrat den Auftrag, im EU-Dossier gemeinsam mit den Sozialpartnern tragfähige Lösungen für den Lohnschutz und die Sozialwerke zu finden. Dies soll unter anderem über einen Ausbau der flankierenden Massnahmen geschehen. Dem Parlament soll regelmässig Bericht über den Fortgang der Verhandlungen erstattet werden. Travail.Suisse begrüsst die Stossrichtung der Motion, welche eine Intensivierung der innenpolitischen Lösungssuche mit dem Ziel einer eigenständigen Stärkung des Lohnschutzes vorsieht.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

## Ständerat

### Montag, 12. September

#### **19.3882 Mo. Nationalrat ((Derder) Nantermod). Aufenthaltsbewilligungen für Drittstaatenangehörige. Anpassung des Systems an die Bedürfnisse der Hightech-Branchen**

Die Motion schlägt eine Änderung des Ausländergesetzes vor. Das aktuelle Modell der Kontingente für Drittstaatenangehörige soll durch einen Mechanismus ersetzt werden, der besser auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten ist, insbesondere in den Hightech-Branchen, in denen es an Arbeitskräften mangelt. Der Bundesrat lehnt die Motion ab, ist aber bereit, die vom Motionär angesprochenen Punkte im Rahmen des Postulats 19.3651 «Für eine bedarfsgerechte Migrationssteuerung in der Schweiz» vertieft zu analysieren. Travail.Suisse lehnt eine Ablösung des Kontingentsmodells für Drittstaatsangehörige ab. Dies würde die Interessen der Wirtschaft einseitig über die Ausbildungsanforderungen und die optimale Umsetzung der Stellenmeldepflicht stellen. Um das System an die Bedürfnisse der Hightech-Branchen anzupassen, sieht Travail.Suisse einen gewissen Spielraum bei der erleichterten Zulassung von Drittstaatsangehörigen mit einem Schweizer Hochschulabschluss.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

### Dienstag, 13. September

#### **22.403 Pa. Iv. WBK-NR. Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024**

Das mehrfach verlängerte Instrument der Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung soll nach dem Willen der WBK-N in eine dauerhafte Unterstützung des Bundes umgewandelt werden. Die Bedürfnisse der Familien sind immer noch nicht gedeckt, obwohl dank dieser einmaligen finanziellen Unterstützung durch den Bund seit 2003 Zehntausende von Plätzen geschaffen werden konnten. Die WBK-N braucht Zeit, um die Ergebnisse der noch laufenden Vernehmlassung zum neuen Gesetz zur Bundesfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung zu analysieren. Das geltende Förderungsinstrument läuft jedoch im Juni 2023 aus und muss daher bis spätestens Ende 2024 verlängert werden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme.*

#### **20.089 BVG-Reform**

Die SGK-S tagte nach Redaktionsschluss der vorliegenden Sessionsvorschau, weshalb deren Vorschläge an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden konnten. Travail.Suisse hat mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund den «Sozialpartnerkompromiss» erarbeitet, der vom Bundesrat aufgenommen worden ist.

→ *Travail.Suisse empfiehlt grundsätzlich, der Version des Bundesrats zuzustimmen.*

#### **22.3608 Mo. Müller Damian. Betreuungsentschädigung. Betreuung von schwer kranken Kindern im Spital gewährleisten und die Lücke im Vollzug schliessen**

Der Motionär schlägt vor, dass die Dauer des Spitalaufenthalts von schwer kranken Kindern als objektives Kriterium für den Anspruch auf Zulagen eingeführt wird. Das kürzlich in Kraft getretene neue Recht auf Erwerbsausfallentschädigung für Eltern von gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindern bereitet der Ärzteschaft Schwierigkeiten und führt zu einer Ungleichheit zwischen den Familien. Der Grund dafür ist, dass der Anspruch auf Entschädigung auf der langfristigen Prognose sowie der Dauer der medizinischen Behandlung im Krankenhaus oder ambulant beruht, und nicht auf der Dauer des Krankenhausaufenthalts des Kindes. Nach geltendem Recht wird Betreuungsgeld nur gewährt, wenn ein Kind eine wesentliche Veränderung seines körperlichen oder

geistigen Zustands erfahren hat, der Verlauf oder das Ergebnis dieser Veränderung schwer vorhersehbar ist oder mit einer dauernden oder zunehmenden Beeinträchtigung des Gesundheitszustands oder dem Tod gerechnet werden muss. De facto kommen Eltern von schwer kranken oder verunfallten Kindern, die viele Tage im Krankenhaus verbringen müssen, deren Prognose aber gut ist, nicht in den Genuss der neuen Zulagen. Darüber hinaus stürzt die derzeitige Gesetzgebung Arbeitgebende und arbeitnehmende Eltern in eine lange Phase der Unsicherheit, da sie nicht im Voraus wissen, ob die Abwesenheit durch die EO-Taggelder gedeckt sein wird.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

## Donnerstag, 15. September

### **21.501 Pa. Iv. UREK-NR. Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050**

Der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative sieht vor, das Ziel der Netto-Null-Emission von Treibhausgasen bis 2050 auf Gesetzesebene umzusetzen. Um dies zu erreichen, werden Zwischenziele und Richtwerte für verschiedene Wirtschaftssektoren festgelegt. Der Entwurf sieht ausserdem vor, langfristige Investitionen in die CO<sub>2</sub>-Neutralität von Unternehmen und Gebäuden zu fördern. Der vom Nationalrat verabschiedete Gegenvorschlag ist für Travail.Suisse zufriedenstellend. Die daraus resultierenden konsequenten Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft und die Sanierung von Gebäuden werden sich positiv auf die Beschäftigung auswirken. Vor dem Hintergrund der Klimadringlichkeit unterstützt Travail.Suisse diese Gesetzesrevision, da sie schneller umzusetzen ist als eine Verfassungsrevision.

→ *Travail.Suisse empfiehlt den indirekten Gegenentwurf zur Annahme.*

## Montag, 19. September

### **22.030 Beitritt der Schweiz zu sechs internationalen ERIC-Forschungsinfrastrukturnetzwerken und Änderung des FIGG**

Mit der Botschaft wird der Beitritt der Schweiz zu sechs internationalen Forschungsinfrastrukturnetzwerken vorgeschlagen und gleichzeitig ein vereinfachter Prozess für zukünftige Beitritte unterbreitet. Eine Beteiligung an solchen Netzwerken ermöglicht eine bessere Positionierung und Vernetzung für Forschende aus der Schweiz. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Forschungsplatzes Schweiz, ein Anliegen, das für Travail.Suisse selbstverständlich ist und aufgrund der Unsicherheiten im Horizon-Bereich momentan noch wichtiger erscheint. Dass neben den konkreten Beitritten auch eine Anpassung im Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIGG) vorgeschlagen wird, womit zukünftig nicht mehr jeder einzelne Beitritt zu einem Forschungsnetzwerk den parlamentarischen Prozess durchlaufen muss, erscheint sinnvoll und zielführend.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Beitritte und Gesetzesanpassungen zur Annahme.*

### **22.3391 Mo. Nationalrat (WBK-NR). Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz positionieren**

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB) leistet einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Berufs- und Studienwahl und unterstützt Erwachsene bei allen Fragen der Laufbahngestaltung. Die Auswirkungen des beschleunigten Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt sind enorm, damit wird die Funktion der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung zukünftig noch wichtiger werden, damit Arbeitnehmende ihre Arbeitsmarktfähigkeit erhalten und dem Arbeitsmarkt ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Mit «viamia» liegt ein wichtiges Pilotprojekt vor und mit der nationalen Strategie für die BSLB ein Instrument zur weiteren Koordination einer qualitativ hochstehenden Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung. Um diese Aufgaben nachhaltig zu sichern, braucht es eine ständige Finanzierung. Travail.Suisse begrüsst daher eine Positionierung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz im Rahmen der BFI-Botschaft 2025-2028 und empfiehlt, der Minderheit der WBK-S zu folgen und dieser Motion der WBK-N zuzustimmen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

**Mittwoch, 21. September**

## **22.3805 Mo. Graf Maya. Gezielte Entlastung von Haushalten in bescheidenen Verhältnissen bei steigenden Energiepreisen**

Die Motion fordert, dass Haushalte mit tiefen Einkommen im Rahmen des Prämienverbilligungssystems gezielt entlastet werden. Der starke Anstieg der Energiepreise belastet insbesondere diese Haushalte stark. Sie haben gleichzeitig häufig kaum Substitutionsmöglichkeiten, da sie als Mieterinnen und Mieter ihr Heizsystem nicht beeinflussen können und in der Regel keine Möglichkeit haben, von zu Hause aus zu arbeiten. Ihre Ausgaben für Öl, Benzin und Gas werden sich entsprechend stark auf das Haushaltsbudget auswirken. Travail.Suisse rechnet im Zuge der Inflation und der höheren Krankenkassenprämien damit, dass die Lebenshaltungskosten für Personen mit tiefen Einkommen um durchschnittlich bis zu 7% ansteigen werden. Bei einer spezifischen Exponiertheit (Gasheizung, zwingende Autofahrten, Anstieg der Krankenkassenprämien über 5%) dürfte der Anstieg noch deutlich höher sein. Ärmere Haushalte werden diese Kosten teilweise nicht tragen können oder müssen sich in anderen zentralen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung noch stärker einschränken. Eine Entlastung über das Prämienverbilligungssystem mit einem fixen Frankenbetrag entlastet Haushalte mit tiefen Einkommen in bescheidenen Wohnverhältnissen am stärksten. Sie entspricht zudem einer vergleichsweise einfach umzusetzenden Massnahme über bewährte Kanäle. Gleichzeitig werden dadurch keine falschen Anreize beim Energiekonsum gesetzt.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

## **18.326 Kt. Iv. Tessin. Informationspflicht gegenüber von Lohndumping betroffenen Arbeitnehmenden**

Die Standesinitiative des Kantons Tessin verlangt, dass Unternehmen ihre Angestellten informieren müssen, wenn bei ihnen eine Unterbietung des normalarbeitsvertraglich geregelten Lohnes festgestellt wurde. Wird dieser Pflicht nicht nachgekommen, sind entsprechende Sanktionen gegen die Unternehmen möglich. Unternehmen, welche sich korrekt verhalten, sind von der Massnahme nicht betroffen. Mit der Informationspflicht können missbräuchliche Lohnunterbietungen nachhaltiger als bisher bekämpft werden. Die Transparenz reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass Arbeitgebende nach Bezahlung der Busse ihre Praxis der Lohnunterbietung im gleichen Stile weiterführen. Zudem fördert sie das Wissen der Arbeitnehmenden über die unteren Lohngrenzen in einer Branche. Auch deshalb ist sie ein probates Mittel zur präventiven Bekämpfung von Lohndumping.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Standesinitiative zur Annahme.*

## **20.340 Kt. Iv. Waadt. Einfachere Bekämpfung von sexueller Belästigung bei der Arbeit**

Der Kanton Waadt schlägt vor, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in Artikel 6 des Gleichstellungsgesetzes zu verankern. Damit würde die Beweislast erleichterung auch für solche Fälle gelten. Mit einer solchen Änderung muss die von sexueller Belästigung betroffene Person lediglich glaubhaft machen, dass die Belästigung stattgefunden hat. Es liegt dann am Arbeitgeber zu beweisen, dass dies nicht der Fall ist. Eine Analyse der kantonalen Rechtsprechung aus dem Jahr 2017 zeigt, dass Entscheide zu Fällen sexueller Belästigung fast ausschliesslich zum Nachteil der Angestellten ausfallen (82,8 %). Die Gerichte prüfen ausserdem kaum Präventionsmassnahmen für die Arbeitgebende, welche solche ergreifen müssten, um ihre Verantwortung für den Schutz der Persönlichkeit, der physischen und psychischen Integrität und der Gesundheit ihrer Angestellten wahrzunehmen. Die WBK-S lehnte den Text dank der ausschlaggebenden Stimme ihres Präsidenten ab.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Standesinitiative zur Annahme.*

## Donnerstag, 22. September

### **21.3017 Mo. Nationalrat (SGK-N). Sichere Renten dank umfassend kompetenter Verwaltung der Pensionskassengelder**

Mit der Motion soll der Bundesrat die Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV2) ändern. Die SGK-N erhofft sich von der Anpassung mehr Anlagekompetenz in den Stiftungsräten, eine Verbesserung des Risikomanagements und dass die Pensionskassen mit dem Wegfall der Kategorienbegrenzung mehr Verantwortung in der Anlagebewirtschaftung erhalten. Travail.Suisse erinnert daran, dass die Pensionskassen paritätisch geführt werden und die Stiftungsratsmitglieder ihre Verantwortung vollumfänglich wahrnehmen. Der Aus- und Weiterbildung der Stiftungsratsmitglieder wird grosse Beachtung geschenkt. So bietet das PK-Netz als BVG-Plattform der Arbeitnehmenden Weiterbildung, Vernetzung und Information für arbeitnehmerseitige Stiftungsrätinnen und Stiftungsräte. Eine Öffnung der Kategorien erachtet Travail.Suisse als kritisch. Mit den Vorsorgegeldern sollen keine zu hohen Risiken eingegangen werden. Die Verwaltungskosten der Pensionskassen sind bereits heute hoch und würden mit Annahme der Motion weiter steigen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

## Montag, 26. September

### **22.3802 Mo. Carobbio Guscetti. Kaufkraft schützen. Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung**

### **22.3801 Mo. Chassot. Kaufkraft schützen. Abfederung des Prämienschocks 2023 durch sofortige Erhöhung des Bundesbeitrages an die individuelle Prämienverbilligung**

Die Motion fordert, den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung für das Jahr 2023 um 30 Prozent zu erhöhen. Gemäss aktuellen Prognosen steigen die Krankenkassenprämien im Jahr 2023 um durchschnittlich 5%. Ein höheres Prämienwachstum war letztmals im Jahr 2011 verzeichnet worden. Dabei dürften die Kostenanstiege je nach Versicherten sehr unterschiedlich ausfallen und teilweise über 10% betragen. Bei einem normalen Einkommen von 6'500 Franken entspricht ein Prämienanstieg um 5% einer Reduktion des verfügbaren Einkommens um 0.4%, ein Prämienanstieg von 10% einer Reduktion um 0.8%. Bei tieferen Einkommen entsprechen die höheren Krankenkassenprämien gar einer Reduktion des verfügbaren Einkommens von etwa 1.2% bis 1.5%. Da Arbeitnehmende gleichzeitig mit weiteren bedeutenden Kostensteigerungen bei der Energie und den Nahrungsmitteln konfrontiert sind, und voraussichtlich nicht in allen Branchen die gesamten Kostensteigerungen mit entsprechenden Lohnerhöhungen kompensiert werden, ist die Entlastung bei den Gesundheitskosten von grosser Bedeutung. Nur so kann eine Krise der Kaufkraft und eine deutliche Zunahme der Armut verhindert werden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motionen zur Annahme.*

## Mittwoch, 28. September

### **22.036 Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft)**

Der Bund regelt die Umsetzung der Mindestbesteuerung der OECD und der G20 in der Schweiz. Die Anwendung der Ergänzungssteuer ist auf grosse Unternehmensgruppen beschränkt, die einen weltweiten Umsatz von mindestens 750 Millionen Euro erzielen und deren Steuersatz unter dem Mindeststeuersatz von 15% liegt. Der Bund soll 25% der Einnahmen aus der Ergänzungssteuer erhalten. Diese Mittel sollen zur Deckung der Mehrausgaben für den nationalen Finanzausgleich und zur Stärkung der Standortattraktivität verwendet werden. Die WAK-S unterstützt die Vorlage des Bundesrates. Eine Minderheit schlägt jedoch vor, die Mehreinnahmen nach dem Verteilschlüssel der direkten Bundessteuer zu verteilen und einen Anteil von 78,8 Prozent für den Bund vorzusehen. Sie befürchtet, dass die Reform die Steuerdisparitäten zwischen den Kantonen verstärken wird. Mit diesem Vorschlag würden mehr Kantone von den Mehreinnahmen profitieren. Travail.Suisse teilt diese Ansicht. Die Mehreinnahmen sollen nicht die (bereits hervorragende) Standortattraktivität weiter erhöhen, sondern

für Aufgaben verwendet werden, die direkt den Arbeitnehmenden zugutekommen (etwa Massnahmen für eine bessere Vereinbarkeit wie der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung oder die Förderung der Weiterbildung).

→ *Travail.Suisse empfiehlt den Bundesbeschluss zur Ablehnung.*

## **22.031 Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft. Bundesgesetz und Verpflichtungskredit**

*(am 13. September im Nationalrat)*

Das Bundesgesetz sieht einen Mechanismus vor, um systemrelevanten Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft bei vorübergehenden Liquiditätsengpässen aufgrund unvorhergesehener Marktentwicklungen finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die Folgen eines längeren Stromausfalls wären verheerend. Die Bedingungen, die für den Erhalt der Finanzhilfen festgelegt wurden, sind für Travail.Suisse akzeptabel. Parallel dazu fordert Travail.Suisse jedoch, dass die für 2023 geplanten Erhöhungen der Stromkosten insbesondere für Haushalte mit geringen Einkommen reuziert werden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Bundesgesetz und den Verpflichtungskredit zur Annahme.*